

Zukunfts-Industrie braucht Zukunfts-Märkte

Leitmärkte durch öffentliche Vergabe anstoßen

Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD sowie die Einigung über die Finanzierung künftiger Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung legen in vielerlei Hinsicht eine gute Grundlage für eine wirtschaftlich starke und resiliente Zukunft, die den Klimaschutz mitdenkt. Besonders hervorzuheben ist das klare Bekenntnis zu Leitmärkten für emissionsarme Grundstoffe. Worauf es jetzt ankommt ist eine rasche Umsetzung sowie langfristige Planbarkeit.

Durch die von der Bundesregierung angestrebten umfangreichen Investitionen in die Ertüchtigung und den Ausbau von Infrastrukturen sowie die für die Klimaneutralität notwendigen Investitionen in Energie- und Verkehrssysteme wird eine hohe Nachfrage an Baustoffen entstehen. Die Bundesregierung sollte die sich daraus ergebende Chance für einen Nachfrage-Booster nach klimafreundlichem Stahl und Zement aus heimischer Produktion nutzen. Die Verknüpfung von Leitmärkten für klimafreundliche Produkte mit *Local Content*-Kriterien in der Beschaffung könnte zudem eine Regionalisierung der Wertschöpfungsketten anreizen.

Dazu sollte die kommende Bundesregierung das Ende 2024 verabschiedete **Vergabetransformationspaket zu einem effektiven Instrument für die Beschaffung klimafreundlicher Produkte aus heimischer Produktion weiterentwickeln und umsetzen** und dabei Umwelt- und Sozialstandards gleichermaßen berücksichtigen. Dafür braucht es eine **erweiterte Allgemeine Verwaltungsvorschrift Klima** (AVV Klima), die Bezug nimmt auf etablierte Labels und Standards aus der Industrie und so zuverlässig, transparent und bürokratiearm den Beschaffungs- und Vergabestellen eine zukunftsfähige Beschaffung ermöglicht. Der von der Wirtschaftsvereinigung Stahl entwickelte „Low Emission Steel Standard“ (LESS) wie auch die „Cement Carbon Class“ (CCC) des Vereins Deutscher Zementwerke (VDZ) bieten sich als belastbare Grundlage an.

Die neue Bundesregierung sollte:

1. schnellstmöglich eine Anpassung des Vergaberechts auf den Weg bringen, die zur Schaffung von Leitmärkten für klimafreundliche Bau- und Grundstoffe wie Stahl und Zement durch öffentliche Ausschreibungen und Auktionsdesigns beiträgt und Bürokratieabbau und Digitalisierung voranträgt;
2. eine ausreichend finanziell unterlegte Infrastrukturoffensive für die Klimaneutralität auf den Weg bringen, verbunden mit der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung der Beschaffungsämter und Vergabestellen der Kommunen, Länder und des Bundes, um die Potentiale reformierter Vergabekriterien voll auszuschöpfen (z.B. durch die Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz);
3. sich auf europäischer Ebene mit starker Stimme für die Einführung einheitlicher und transparenter Standards für klimafreundliche Grundstoffe einsetzen (z.B. in der Ökodesignverordnung oder der Revision der *Public Procurement Directive*), um ein Level-Playing-Field für europäische klimafreundliche Produkte herzustellen. Auf internationaler Ebene sollten diese Standards etwa im Kontext von Klimaclubs auch über die EU hinaus etabliert werden;
4. Leuchtturmprojekte schaffen, indem Unternehmen in öffentlicher Hand, wie die infraGO der Deutschen Bahn AG oder die Bundesnetzagentur, beauftragt und befähigt werden, sich durch den Einkauf klimafreundlicher Produkte an der Schaffung von Leitmärkten für Bau- und Grundstoffe zu beteiligen. Der Neubau der U5 in Hamburg zeigt schon jetzt, was bei der öffentlichen Beschaffung möglich ist.

Diese Forderungen werden unterstützt von folgenden Verbänden und Organisationen:

- Bellona Deutschland
- Germanwatch e.V.
- Transport & Environment Deutschland
- Verein Deutscher Zementwerke (VDZ)
- Wirtschaftsvereinigung Stahl

Kontakt:

Dr. Simon Wolf,
Germanwatch
wolf@germanwatch.org